

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 01.06.2017

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 17:36 Uhr

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Philipp Rochold

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Klaus Möstl	sachkundiger Einwohner
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Unentschuldigt

Frau Rebecca Thielemann	sachkundige Einwohnerin
-------------------------	-------------------------

Verspätetes Erscheinen

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	16:45 Uhr; TOP 4; dienstlich
Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:50 Uhr; TOP 4; privat

Ausschussmitglieder

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion
Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Angela Müller	Fraktion DIE LINKE
Frau Katrin Pritscha	Fraktion Die Linke
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion
Herr Michael Walter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Christian Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	Vertretung für Herrn Gordon Tillmann
Frau Dagmar Weidauer	Fraktion DIE LINKE	Vertretung für Frau Susanne Schaper

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Peter Borm
Frau Christine Pastor
Frau Kerstin Seidel

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetrau Behindertenbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Anke Protze Abteilungsleiterin Abt. 53.2
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5
Herr Dr. Harald Uerlings Amtsarzt, Amtsleiter Amt 53
Frau Cornelia Utech Amtsleiterin Amt 50
Frau Dr. Nicola Wagner Sachgebietsleiterin SG 50.03

Schriftführerin

Frau Juliane Rau Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Rochold** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- u. fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 6 in der Sitzung des Sozialausschusses im August behandelt wird.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 23.03.2017
-

Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 Umsetzung des EU-Schulprogrammes für gesunde Ernährung aus Sicht des Gesundheitsamtes
Berichterstatter: Herr Karl, Gesundheitsberater Abt. 53.4
-

Herr Karl (Gesundheitsberater Sg. 53.41) informiert anhand einer Präsentation über die Umsetzung der Qualitätsstandards von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) bei der Essensversorgung in Kindertagesstätten und Schulen.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt die Frage, ob es möglich wäre, dass Köche zusammen mit den Kindern in den Einrichtungen gesunde Gerichte zubereiten.

Herr Karl verweist auf die Sarah Wiener Stiftung, welche kostenlose Fortbildungen zum Genussbotschafter anbietet. Der Genussbotschafter kann 500,00 Euro pro Einrichtung bei der Barmer Krankenkasse beantragen. Mit diesem Geld sollen Le-

bensmittel gekauft und für Kochkurse verwendet werden. Eine weitere Idee ist, dass auch Senioren zusammen mit den Kindern in den Einrichtungen Gerichte zubereiten.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) möchte wissen, weshalb in den Kindertagesstätten nur Milchprodukte zur Verfügung stehen.

Herr Karl führt an, dass bei Kleinkindern verstärkt auf eine ausreichende Calciumversorgung geachtet wird. Einer der Hauptgründe seien die Kosten, die zur Verfügung stehen.

Frau Pastor (sachkundige Einwohnerin) erkundigt sich, ob die teilnehmenden Einrichtungen ebenfalls einen Beitrag zur Umsetzung des Programmes leisten müssen.

Herr Karl erklärt, dass die Einrichtungen lediglich die Lieferung annehmen, prüfen und quittieren müssen. Die Abrechnung des Lieferanten erhält am Ende eines Jahres das zuständige Ministerium.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) möchte erfahren, ob mindestens eine Person der Einrichtung einen Hygieneausweis besitzen muss und wer die Kosten für diesen Ausweis übernimmt.

Herr Karl sagt, dass die Mitarbeiter meist einen Hygieneausweis besitzen. Falls zum Beispiel Eltern ihre Hilfe bei der Zubereitung von Speisen anbieten, müssten sie sich einen Hygieneausweis für 30,00 Euro ausstellen lassen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fragt, wie sich die Zusammenarbeit bezüglich der Küchen in den Einrichtungen und der Stadtverwaltung gestaltet.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass es nur noch wenige selbstkochende Einrichtungen gibt und zum Teil viele Küchen abgebaut wurden und somit keine Platzkapazitäten vorhanden sind.

Frau Spindler (Kinderbeauftragte der Stadt Chemnitz) stellt klar, dass es bereits im Hort der Lernförder-Grundschule in der Paul-Gerhardt-Straße ein Kochprojekt mit 100 Kindern gab und künftig auch weitere Projekte in verschiedenen Einrichtungen durchgeführt werden. Zudem werden die Eltern durch **Herrn Karl** mit Vorträgen sensibilisiert, beim Einpacken der Brotdosen für ihre Kinder, auf eine gesunde Ernährung zu achten.

- 5 Informationen zu den Umsetzungserfordernissen des zum 01.07.2017 in Kraft tretenden Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) aus Sicht des Gesundheitsamtes
Berichterstatte(r)in: Frau Dr. Schreiter, Sachgebietsleiterin Sg. 53.22
-

Frau Dr. Schreiter (Sachgebietsleiterin Sg. 53.22) berichtet über die Umsetzungserfordernisse des zum 01.07.2017 in Kraft tretenden Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von der in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) aus Sicht des Gesundheitsamtes. Die wichtigste Neuerung des Gesetzes ist die Anmelde- und Beratungspflicht der Sexworker/innen. Anhand einer Präsentation geht sie auf folgende Schwerpunkte genauer ein:

- Zielsetzungen
- Beratungsstelle im Gesundheitsamt und

- Änderungen durch das Prostitutionsschutzgesetzes.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, wie man das Problem der sprachlichen Verständigung löst. Des Weiteren bittet sie um Auskunft, wie man gegen Wohnungsprostitution vorgehen könnte und ob es für die Aufgaben genügend Personal in der Stadtverwaltung gibt.

Herr Bürgermeister Rochold weist darauf hin, dass für die Überprüfung der Wohnungsprostitution die Polizeibehörden zuständig sind.

Frau Pastor (sachkundige Einwohnerin) möchte erfahren, wie die Beratungen anonym durchgeführt werden sollen, wenn es vorher eine namentliche Erfassung gegeben hat.

Frau Dr. Schreiter erklärt, dass die Beratung und die namentliche Erfassung jeweils durch eine andere Person in unterschiedlichen Räumen durchgeführt werden.

Herr Dr. Uerlings (Amtsleiter Amt 53) ergänzt, dass auch weiterhin die Möglichkeit besteht, sich anonym beraten und untersuchen zu lassen.

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) wirft die Frage auf, ob es ein Budget für Nicht-Krankenversicherte gibt.

Frau Dr. Schreiter sagt, dass dem Gesundheitsamt nach dem Infektionsschutzgesetz ausschließlich ein Budget für die Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten zur Verfügung steht. Unter den Patienten befinden sich unter anderem auch Nicht-Krankenversicherte.

Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion) erkundigt sich, ob es genügend Personal für die Durchführung der Behandlung im Gesundheitsamt gibt. Weiterhin fragt sie, ob seitens des Gesundheitsamtes eine Zusammenarbeit mit den freien Trägern hinsichtlich der Koordinierung angestrebt wird und ob es für das Budget ab 01.07.2017 eine Unterstützung vom Land gibt oder allein aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden muss.

Herr Dr. Uerlings teilt mit, dass die Beratungsstelle im Gesundheitsamt um 0,45 Stellen erweitert wird und der Bewältigung der Beratungspflicht vorerst nichts im Wege steht. Falls das Personal nicht ausreichen sollte, würde er sich rechtzeitig dazu äußern.

Frau Dr. Schreiter sagt, dass die Sozialarbeiterin des Gesundheitsamtes bereits seit mehreren Jahren Projekte mit der pro familia Beratungsstelle Chemnitz und der AIDS-Hilfe Chemnitz e.V. durchführt. Die Zusammenarbeit mit den freien Trägern soll auch weiterhin bestehen bleiben. Zu den finanziellen Aspekten kann sie leider keine Aussage treffen.

Herr Bürgermeister Rochold führt an, dass es im Moment keine zusätzliche Finanzierung vom Freistaat Sachsen gibt.

Frau Pritscha bittet um Auskunft, wie die Sexworker/innen von den Angeboten des Gesundheitsamtes erfahren. Außerdem stellt sie die Frage, was ein Mitmach-Parcours ist.

Frau Dr. Schreiter erklärt, dass die Sexworker/innen sehr gut über das Gesetz informiert sind und sich untereinander darüber austauschen. Spätestens bei der Anmeldung im Ordnungsamt muss der Nachweis der gesundheitlichen Beratung vorliegen. Beim Mitmach-Parcours handelt es sich um ein pädagogisches Angebot in den Schulen. Es werden Stationen zu den Themen Freundschaft, Sexualität und sexuell übertragbaren Krankheiten aufgebaut, worüber sich die Schüler informieren können.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet nochmals um Erklärung der Ausstiegshilfe und Beratung. Außerdem fragt er, wie bei diesem Thema konkret mit der ärztlichen Schweigepflicht umgegangen wird.

Frau Dr. Schreiter erläutert, dass gerade beim Thema Ausstiegshilfe eine Vertrauensbasis aufgebaut werden muss. Ein Ausstieg kommt für die Sexworker/innen meist in Frage, wenn eine Schwangerschaft besteht oder sie zurück in ihr Heimatland reisen. Zu den Gesprächen bringen die betroffenen Personen meist eine Vertrauensperson oder gar einen Dolmetscher mit. Bei der Untersuchung sind die Betroffenen jedoch allein mit dem Arzt im Untersuchungszimmer. Bei einem pathologischen Befund bekommt die Person Informationsmaterial in der jeweiligen Sprache und eine entsprechende Medikation. Sie weist darauf hin, dass es keinen Datenaustausch mit dem Ordnungsamt gibt.

Herr Borm (sachkundiger Einwohner) bittet um Information, wie das Gesetz bei den Sexworker/innen umgesetzt werden soll, die ihre Tätigkeit in der Wohnung ausüben.

Frau Dr. Schreiter betont, dass die Kontrolle dem Ordnungsamt obliegt.

Frau Stadträtin Weidauer (Fraktion DIE LINKE) möchte gerne die Höhe des Budgets wissen und ob die Thematik eine Rolle beim Kriminalpräventiven Rat spielt.

Frau Dr. Schreiter bemerkt, dass sie keine Ausführungen zu der Höhe des Budgets machen kann. Sie erklärt, dass es bereits eine inoffizielle Anfrage beim Kriminalpräventiven Rat gab, jedoch erfolgte noch keine Bearbeitung.

Frau Weidauer bittet um die Zuarbeit der Zahlen.

- 6 „Soziale Aspekte des Pfandsammelns“
Behandlung des Themas gemäß des Antrages der Ausschussmitglieder (Fraktion DIE LINKE) nach § 36 Abs. 3 SächsGemO vom 12.05.2017 und Anhörung von Sozialarbeitern freier Träger sowie Mitarbeitern des Sozialamtes
-

Der Tagesordnungspunkt 6 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 2 auf die Sitzung des Sozialausschusses im August vertagt.

- 7 Beschlussantrag an den Sozialausschuss
-

Erweiterung der Vorlage „Zuwendungen an die Träger der Freien Wohlfahrtspflege zur Förderung sozialmedizinischer Angebote auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit (FRL-JSG)“
Vorlage: BA-019/2017 Einreicher: Müller, A., Pritscha, Schaper, Siegel, Barthold, Becherer, Vieweg, Furtenbacher

Es gibt keinen Nachfragebedarf.

Beschluss BA-019/2017

Aus der Vorlage über die „Förderung sozialmedizinischer Angebote [...]“ ist nicht ersichtlich, welche Summen von den Trägern der Dienste beantragt wurden bzw. inwieweit sie ihrer Meinung nach auskömmlich mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Eine Neuordnung erleichtert nicht nur den Stadträtinnen und Stadträten die Arbeit mit dieser Vorlage, sie schafft gleichzeitig mehr Transparenz.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (13 Ja-Stimmen)

8 Verschiedenes

8.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen seitens der Verwaltung.

8.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keinen Nachfragebedarf.

9 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Rochold schließt die Sitzung.

13.06.2017 *Rochold*
Datum Philipp Rochold
Vorsitzender
des Ausschusses

14.06.2017 *Pritscha*
Datum Pritscha
Mitglied
des Ausschusses

14.06.17 *Walter*
Datum Walter
Mitglied
des Ausschusses

12.06.2017 *Rau*
Datum Rau
Schriftführerin